



18. Wahlperiode

Drucksache 18/3922

# HESSISCHER LANDTAG

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### betreffend Zukunftsplan für den Wissenschaftsstandort Hessen entwickeln – Fächervielfalt erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den staatlichen Hochschulen in einen landesweiten Dialog über die zukünftige Aufstellung des Wissenschaftsstandorts Hessen zu treten. Ziel soll hierbei die Entwicklung eines Zukunftsplans sein, der das bestehende und zu entwickelnde Potential des hessischen Hochschulsystems unter Berücksichtigung der langfristigen Entwicklungen in der Wissenschaft umfasst.
2. Der Landtag betont dabei die Bedeutung der Fächervielfalt an den Hochschulen. Ein spezifisches Merkmal sind hierbei die sogenannten „Kleinen Fächer“, die eine hohe internationale wissenschaftliche Reputation genießen und zum wissenschaftlichen Profil und zur Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen beitragen.
3. Der Landtag zeigt sich besorgt darüber, dass die Kleinen Fächer „besonders von Einspar- und Umstrukturierungsmaßnahmen bedroht“ sind und eher „selten im Mittelpunkt strategischer Überlegungen und Aktivitäten der Universitäten“ stehen, wie der Wissenschaftsrat in seiner übergreifenden Stellungnahme zu geisteswissenschaftlichen Zentren (Drucksache des Wissenschaftsrates, Nr. 9864-10) deutlich gemacht hat.
4. Der Landtag sieht sowohl die Hochschulen als auch die Landesregierung in der Pflicht, die Kleinen Fächer langfristig zu sichern und zu stärken und hierfür geeignete Maßnahmen zu ergreifen.
5. Der Landtag zeigt sich besorgt darüber, dass aufgrund der Unterfinanzierung der Hochschulen Kleine Fächer aus dem hessischen Fächerkatalog verschwinden und somit die Fächervielfalt geschmälert wird. So wird bspw. das Institut für Medizinische Soziologie der Goethe-Universität geschlossen und die Zukunft der Ägyptologie der Philipps-Universität Marburg sowie die der Frankfurter Sexualmedizinischen Ambulanz ist ungewiss.
6. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung gemeinsam mit den jeweiligen Universitäten die Anregung des Wissenschaftsrats zur Bildung geisteswissenschaftlicher Zentren aufgegriffen hat und folglich an der Goethe-Universität Frankfurt das „Interdisziplinäre Zentrum für Ostasienswissenschaften (IZO)“, an der Justus-Liebig-Universität das „Gießener Zentrum für Östliches Europa (GiZo)“ und an der Philipps-Universität Marburg das „Centrum für Nah- und Mitteloststudien (CNMS)“ gegründet wurden.
7. Der Landtag erwartet von der Landesregierung und der jeweiligen Universität, dass sie die Anregungen aus der übergreifenden Stellungnahme des Wissenschaftsrats in die weitere Ausgestaltung der Zentren einbeziehen.
8. Zudem erwartet der Landtag von der Landesregierung, dass sie die Anregung des Wissenschaftsrates aufnimmt und sich für länderübergreifende Lösungen für einzelne, bundesweit an sehr wenigen Standorten vertretene Fächer einsetzt, um deren Fortbestand und Weiterentwicklung zu sichern.

Wiesbaden, den 5. April 2011

Der Fraktionsvorsitzende  
Tarek Al-Wazir

Eingegangen am

Eilausfertigung am

Ausgegeben am